

## **Bürgerinitiative »Gemeinwohl hat Vorfahrt«**

c/o Hans-Georg Heinscher, Untere Matthias-Claudius-Straße 12, 65185 Wiesbaden

E-Mail: [post@gemeinwohlatvorfahrt.de](mailto:post@gemeinwohlatvorfahrt.de), Internet: [www.gemeinwohlatvorfahrt.de](http://www.gemeinwohlatvorfahrt.de)



### **Gegen das Spardiktat!**

Niemand hat die Weisheit gepachtet und ist vor Fehleinschätzungen gefeit. Die Initiative „Gemeinwohl hat Vorfahrt“ legt deshalb hier einige Thesen vor und bittet alle Interessierten um Kritik, Unterstützung und Mitarbeit beim Versuch dem Rotstift Einhalt zu gebieten.

#### **These 1: Wiesbaden spart sich arm.**

Unterlassene Infrastruktur-Investitionen (Stichwort Schul-Sanierung) kosten uns in Zukunft doppelt viel. Eine verstümmelte Soziallandschaft sorgt für jede Menge persönliches Leid und ständig anwachsende Reparaturlasten. Wo das Zusammenleben und die kulturelle Vielfalt Schaden nehmen, geht die Aufenthaltsqualität einer Stadt zurück und damit auch ihre Attraktivität für gut und besser Verdienende – was fatale Folgen für die kommunalen Einnahmen hat. Viele Ausgaben sind daher im besten Sinne Investitionen in die Zukunft. **Um anschaulich machen zu können, wie tief sich Wiesbaden mit dieser Sparpolitik ins eigene Fleisch schneidet, bedarf es konkreter Beispiele und somit Ihrer Hinweise.**

#### **These 2: Rasenmäher-Gleichschnitt hat nichts mit Gleichbehandlung zu tun.**

Die Anwendung eines einheitlichen Sparprozentsatzes kann für einzelne Initiativen das Aus bedeuten, andere Projekte zu einem Torso ohne unabdingbare Gliedmaßen verstümmeln und von Dritten ohne völligen Sinnverlust weggesteckt werden. Gleichbehandlung lebt vom Prinzip einer durchgängigen Folgeabschätzung und von Kriterien ohne zweierlei Maß. **Welche Kriterien hier im einzelnen Sinn machen, bedarf einer breiten Debatte – und dafür brauchen wir Ihre Einschätzung.**

#### **These 3: Die Verbesserung der kommunalen Einnahmesituation ist noch lange nicht ausgereizt.**

Der Stadtkämmerer hat seinen Haushaltsplanungen und Sparvorgaben bereits eine Anhebung der Gewerbe- und Grundsteuer sowie der Zweiwohnsitzsteuer zugrunde gelegt. Will man das von ihm vorgegebene Spardiktat von über 4 % aushebeln, dann muss man andere potentielle Einnahmelmöglichkeiten ins Feld führen. So sollte die Landeshauptstadt Druck auf das Land Hessen ausüben, damit es den Kommunen zustehende Finanzmittel ohne Abzug durchleitet. Zugleich gilt es das Anlagevermögen Wiesbadens und insbesondere die ausgelagerten Wirtschaftsbetriebe unter die Lupe zu nehmen. **Um das gesamte Spektrum sinnvoller Maßnahmen der Einnahmeverbesserung erfassen zu können, sind auch Ihre Informationen hilfreich.**

#### **These 4: Eine Solidargemeinschaft tut not.**

Dies gilt für alle von Kürzungen bedrohten Arbeitsbereiche – ob Initiativen, Vereine, private Dienstleister und Verwaltungsabteilungen. Wenn potentielle Sparopfer sich gegeneinander auspielen lassen, haben die Spar-Meister leichtes Spiel. Die Abkehr des Magistrats von falschen Handlungsvorgaben lässt sich nur durch gemeinschaftlichen Gegendruck bewerkstelligen. Greift die Strategie der Vereinzelung, so werden vor allem prestige- und mächtärmere Bereiche auf der Strecke bleiben, obwohl sie für den sozialen Zusammenhalt und die kulturelle Vielfalt unserer Stadt eine große Bedeutung entfalten.

**Kontakt: (s.o.).** Wenn Sie an weiteren Informationen interessiert sind, schicken Sie uns bitte eine e-mail.

**Nächstes Treffen:** Dienstag, den **14.07.2015** um **19:30 Uhr** im ver.di-Sitzungssaal, Bahnhofstr. 61.